



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/45

13. April 1949

Das Völkerrecht wird überholt

Dr.R. Am 21. April werden in Genf Regierungsvertreter aus aller Welt zusammentreten, um die Genfer Konventionen einer Revision zu unterziehen. Diplomaten aus 69 Staaten sind eingeladen worden, nur von wenigen liegen Absagen vor. Die Genfer Konventionen, die die Grundlage des internationalen Kriegsrechts bilden, wurden am 22. August 1864 auf Anregung der Schweizer Regierung abgeschlossen und seitdem wiederholt überprüft. Ihre letzte Revision fand 1929 statt; die für 1940 vorgesehene konnte infolge des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges nicht erfolgen. Der Krieg hat auf dem Gebiet des internationalen Rechts einen Trümmerhaufen hinterlassen. Es wird höchste Zeit, daß man aufräumt und versucht, neue gemeinsame Grundlinien zu finden, die dem allgemeinen Rechtsempfinden entsprechen.

Der Genfer Konferenz wird für ihre Arbeit ein Vertragsentwurf zugrunde liegen, der vom Internationalen Roten Kreuz im vergangenen August in Stockholm ausgearbeitet worden ist, jeder Teilnehmerstaat ist jedoch berechtigt, eigene Vorschläge zu unterbreiten. Man wird in Genf ein umfangreiches Programm zu bewältigen haben. Zunächst wird man sich mit der Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken im Felde befassen, wozu der letzte Krieg neue Gesichtspunkte ergeben hat. Vor allem aber müssen die Bestimmungen für die Behandlung der Kriegsgefangenen überprüft werden. Auf diesem Gebiet hat der zweite Weltkrieg zahlreiche neue Probleme aufgeworfen. Der Personenkreis, der besonderer Schutzvorschriften bedarf, muß erweitert werden; Widerstandsbewegungen und Partisanenarmeen, die man im ersten Weltkrieg nur in ganz geringfügigem Umfange, eigentlich nur beim deutschen Einfall in Belgien kannte, verlangen rechtliche Berücksichtigung, und man hofft, auch diese Erscheinungen einem erweiterten Rechtsschutz unterstellen zu können, nachdem die bisher geltenden internationalen Bestimmungen darüber sich als ungenügend erwiesen haben. In Zukunft sollen nach dem vorliegenden Entwurf Widerstandskämpfer und Partisanen, wenn sie in die Hand des Feindes fallen, nach den Vorschriften für Kriegsgefangene behandelt werden; im letzten Krieg sind sie bekanntlich als Rebellen an die Wand gestellt worden. Auch sonst erfordern neuartige Tatbestände Klärung und neue Begriffsbestimmungen; dazu gehört die Behandlung besetzter Gebiete, die Frage der Besetzung eines Landes

ohne bewaffneten Widerstand, der Begriff des Religionskrieges und Kolonialkrieges und andere neuerdings in den zwischenstaatlichen Beziehungen aufgetretenen Vorgänge, die man früher noch nicht kannte.

Ein besonderes Kapitel, das erst durch den totalen Krieg aktuell geworden ist, stellt der Schutz der Zivilpersonen dar. Der moderne Krieg hat diese frühere Selbstverständlichkeit im Grunde völlig illusorisch gemacht, der Bombenkrieg läßt sie beinahe als unlösbares Problem erscheinen. Man strebt deshalb an, denjenigen, die an Feindseligkeiten nicht aktiv teilnehmen, möglichst lange ihr normales Leben zu garantieren, ohne daß ersichtlich wird, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Die Beschränkungen in der Bewegungsfreiheit der Zivilisten sollen festgelegt, Familienmitglieder möglichst nicht getrennt werden. Auch das heiße Eisen der Internierung von Zivilpersonen, eine während des letzten Krieges und nachher in weitestem Umfange geübte Gepflogenheit, soll endlich angerührt werden; man will eine Internierung nur im äußersten Notfall als zulässig betrachten. Und wer möchte nicht die im Entwurf der neuen Konvention vorgesehene Bestimmung begrüßen, daß nach Kriegsende das "normale Leben" sobald wie möglich wieder aufgenommen werden soll?

Wie man sieht, ist es eine Reihe schwerwiegender Fragen, die in Genf diskutiert werden sollen. Der Charakter etwaiger künftiger Kriege wird weitgehend von ihrer Lösung abhängen. Zu hoffen ist allerdings, daß man sich auch mit Streitpunkten beschäftigt, die erst in letzter Zeit aufgetaucht sind; so verdient zweifellos die gelegentlich vertretene Auffassung Beachtung, daß es politische Tatbestände gibt, die von völkerrechtlichen Vereinbarungen überhaupt nicht erfaßt werden. Wenn sich diese Meinung durchsetzt, läge die Gefahr vor, daß die Wesensgrundlagen des Völkerrechts erschüttert würden; findet doch sonst im Rechtsleben die Vorstellung keine Stütze, daß irgendwelche Umstände den Betroffenen "außerhalb des Rechts" stellen. Hier liegt also ein besonders ernstes Problem vor.

Deutschland wird auf der Genfer Konferenz nicht vertreten sein. Dieser Mangel wird ausgeglichen sein, wenn Deutschlands Staatscharakter wiederhergestellt ist. Schwerer wiegt, daß auch Sowjetrußland fehlen wird, das auch bisher nicht zu den Unterzeichnern der Genfer Abmachungen gehörte, und mit Sowjetrußland auch natürlich seine Satellitenstaaten. Die weite Kluft, die heute der Osten und den Westen trennt, wirkt sich also verhängnisvoll auch auf dem Gebiete aus, das vordringlichstes Anliegen der Humanität sein und die gesamte Menschheit einmütig sehen sollte.

Das Kräfteverhältnis in Frankreich

Von Alfred Frisch, Paris

Es ist recht aufschlußreich, die Statistiken der letzten Kantonalwahlen vor dem zweiten Weltkrieg (Oktober 1937) mit den Ergebnissen der Wahlen vom März 1949 zu vergleichen. Die folgende Tabelle gibt die Stärke der Parteien in Prozenten der abgegebenen Stimmen an:

	<u>Okt. 1937</u>	<u>März 1949</u>
Kommunisten	14	23.5
Sozialisten	24.1	16.8
Radikalsozialisten	26.5	17.7
Volkerepublikaner	2.5	8.1
Rechtsparteien	32.9	33.9

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, daß sich das politische Bild stark verschoben hat. Das ist in gewissem Sinne auch der Fall, denn das Kräfteverhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten hat sich umgekehrt, während die Volkerepublikaner einen Teil der radikalsozialistischen Wähler an sich gezogen haben. Wenn man jedoch das politische Frankreich in drei Lager aufteilt, wie es bisher immer der Fall war, nämlich in die dem Marxismus zugängliche Linke, in die konservativ-reaktionäre Rechte und in die bürgerliche Mitte, deren Ideen bedingt und abgestuft fortschrittlich sind, erkennt man, daß die Wählerschichten trotz der starken Umwälzungen der letzten zehn Jahre ihren Gruppen treu geblieben sind.

Diese Entwicklung entspricht sehr weitgehend dem französischen Volkscharakter und der sozialen Struktur des Landes. Rund 50 Prozent der französischen Bevölkerung leben in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, das landwirtschaftliche Element ist demnach für westeuropäische Verhältnisse ungewöhnlich stark. Das städtische Proletariat stellt kaum ein Viertel der Bevölkerung und die Arbeiterschaft im weitesten Sinne kaum mehr als ein Drittel.

Die kommunistischen Erfolge der Nachkriegsjahre erklärten sich durch einen vorübergehenden Einbruch in gewisse Kleinbürger- und Bauernschichten. Ihr Stimmenanteil von 23,5 Prozent bei den letzten Kantonalwahlen entspricht ihren tatsächlichen Möglichkeiten, die auf die Dauer durch die Stärke der Industriearbeiterschaft bedingt sind. Die Sozialisten hatten in Südfrankreich immer einen starken Rückhalt bei den Kleinbauern, den sie auch jetzt nicht verloren haben. Dagegen mußten sie den Großteil ihrer Arbeiterstimmen an die Kommunisten abgeben.

Trotz der Erfolge der gaullistischen Sammelbewegung vermag die Rechte in Frankreich keine Fortschritte zu erzielen. Ihre Anhängerschaft ist soziologisch ebenso stark vorbestimmt wie diejenige der Linken. Es handelt sich weitgehend um das Großbürgertum, um die

oberen Schichten der Landbevölkerung, um einen bedeutenden Teil der freien Berufe, besonders der Ärzte und Anwälte, und um die seit der großen französischen Revolution konservativ und reaktionär eingestellten Bauern Ost- und Westfrankreichs nördlich der Loire.

Zwischen den beiden Flügeln hält sich die Mitte mit einer gleichartigen Standfestigkeit. In der Begeisterung der ersten Nachkriegszeit gelang es den Volksrepublikanern, beträchtliche Teile der müde gewordenen Radikalsozialisten, wie überzeugt katholisch eingestellte Anhänger der Rechtsparteien für sich zu gewinnen. Da sich die Volksrepublikaner jedoch nicht dazu entschließen konnten, ihr Sozialprogramm der konservativen Mentalität ihrer Wähler anzupassen, ging ihr Einfluß ständig zurück, ohne daß sie viel Aussicht haben, sich wieder zu erholen. Die katholischen Arbeiter und das ehrlich fortschrittliche Bürgertum stellen in Frankreich kaum mehr als 10 Prozent der Wähler dar.

Es ist etwas gewagt, die Radikalsozialisten als eine Partei der Mitte anzusprechen. Wirtschaftspolitisch und teilweise auch sozial stehen sie jedenfalls auf der äußersten Rechten. Es besteht aber kein Zweifel, daß die Radikalsozialisten eine tief verwurzelte republikanische und parlamentarische Überzeugung haben. Außerdem sind sie der politische Ausdruck der traditionellen Mäßigung des französischen Volkes. Sie werden sich in jeder Lage politischen Abenteuern widersetzen und trotz all ihrer konservativen Tendenzen keine soziale Reaktion dulden. Vielleicht sind sie weniger eine Partei der Mitte, als eine Partei des politischen Gleichgewichtes.

Mit Hans Fritzsche zur Demokratie

sp. Die Kunst des Redakteurs besteht darin, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen. Jeder gute Redakteur wird trachten, das Wesentliche in den Vordergrund zu schieben, in der Zeitung also gut zu placieren. Dazu gehört nicht nur Verstand und Können, sondern auch eine Portion Fingerspitzengefühl. Fingerspitzengefühl ist offenbar keine deutsche Angelegenheit. Dieser Meinung ist wenigstens der Chef des Informationsdienstes des Gouvernement Militaire von Baden. Er ließ den Zeitungen seines Bereichs ein amtliches Schreiben zugehen, dem wir entnehmen:

"Es ist entschieden worden, daß gewissen Nachrichten der Südens eine Karmel vorangesetzt werden wird, die die Wichtigkeit andeutet, die ihnen zuzumessen ist. Die Formel: "Ich richte ganz besonders Ihre Aufmerksamkeit." deutet an, daß es Pflicht ist, den Text ungekürzt und auf der ersten Seite in der nächsterreichbaren Nummer zu veröffentlichen. Die Formel: "Ich richte besonders Ihre Aufmerksamkeit." deutet an, daß der Text ungekürzt gut placiert erscheinen muß. Die Formel: "Ich richte Ihre Aufmerksamkeit." deutet an, daß der Text ausgewertet werden muß".

(Anmerk.d.Red.: Unterstreichungen lt. Originaltext)

Von den ehemaligen "Weisungen" des Ex-Reichspressechefs Dr. Dietrich, meisterhaft interpretiert von Hans Fritzsche, unterscheidet sich diese Anordnung des Pressechefs des Gouvernement Militaire nur im Ton. Das ist erklärlich, denn die Franzosen sind bekanntlich ein höfliches Volk. Vielleicht gibt es auch noch einen Unterschied in den Folgen für den Redakteur, der trotz so klarer Hinweise noch über eigenes Fingerspitzengefühl verfügt. In der Sache selbst ist kein Unterschied zwischen Hans Fritzsche und dem französischen Presseoffizier ersichtlich. Die entnazifizierten Deutschen mit NS-Methoden zur Demokratie umerziehen zu wollen - Welch ein Gedanke von abgrundtiefer Weisheit. Wenn man überdies noch weiß, daß neben der Agentur Sudena für Zeitungen der französischen Besatzungszone der Bezug der belanglosen Agentur Kronos von der Militärregierung angeordnete Pflichtsache ist, dann ergänzt sich damit das Bild von einer Pressepolitik, die im Dritten Reich wohl gang und gäbe war, im französischen Machtbereich aber seit 1789 ausgestorben schien. Beide Agenturen sind mit überwiegend französischem Kapital ausgestattet; das bedeutet, daß man sich den politischen Druck auf die Presse auch noch honorieren läßt.

-dt.

Gegen Betriebsräte und Nationalisierung

sp. Die Gründung des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), wie sie vor kurzem in Königswinter erfolgte, läßt eher eine Vielzahl von Frontstellungen erkennen, als etwa ein fortschrittliches Sozialprogramm, worauf die Berufung auf die beiden Sozialenzykliken "Rerum Novarum" Leo XIII. und "Quadragesimo Anno" Pius XI. hätte hindeuten können.

Die Mehrzahl der 120 persönlich geladenen Teilnehmer waren Unternehmer kleinerer und mittlerer Betriebe aus allen Teilen Westdeutschlands. Die Vertreter der Schwerindustrie, wie Wilhelm Roelen und Heinrich Dinkelbach, hielten sich zweifellos bewusst im Hintergrund. Stärker vertreten waren Unternehmer-Korporationen nicht nur dadurch, daß Generaldirektor Greiß von den Glanzstoff Courtaulds-Werken in Köln zugleich Kammerpräsident ist. Außer ihm war u.a. auch der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Essen, Dr. Küster, zugegen.

Die programmatische Rede hielt ein Geistlicher, Professor Höffner aus Trier. Während Pius XII. anlässlich seines Jubiläums die Weltöffentlichkeit mahnte, dem Elend der Vertriebenen durch Maßnahmen der Gemeinschaft zu steuern, fehlt in Höffners Rede

eine entsprechende Zielsetzung. Er verlangt die Herstellen einer "gewerkschaftlichen Struktur" für die Mittel- und Großbetriebe und lehnt ausdrücklich eine demokratische Wirtschaftsführung ab, da eine Demokratisierung der Wirtschaft zu ihrer Kollektivisierung führe. Der Betrieb solle zum "Lebensraum" des Arbeiters werden. Der einzelne habe dem Betriebe zu dienen, während der Betrieb die Persönlichkeitsentfaltung des Arbeiters garantiere. Höffner ist auch gegen eine Vollmechanisierung der Betriebe und gegen das Fließband. Greiß geht noch weiter und macht die Rationalisierungswelle von 1928 bis 1932 dafür verantwortlich, daß "sie schon einmal einen Hitler in den Sattel gehoben" habe.

Gewählte Betriebsräte sind nach Höffner abzulehnen, weil die Wahlen von außen kommandiert würden. Statt dessen sind aus Stammarbeitern "Ältesten-Fräse" zu bilden, die den Unternehmern beratend zur Seite stehen sollen.

Die Neuordnung des Verhältnisses von Unternehmer und Arbeiter soll sich jedoch nicht allein auf den Betrieb beschränken. Entsprechend der zugrunde liegenden ständischen Ideologie sollen ähnlich wie in Franco-Spanien und im Austro-Faschismus beide sich gemeinschaftlich organisieren, damit, wie sich Höffner ausdrückte, die Gesetze nicht der Omnipotenz des Staates überlassen bleiben.

Heftig diskutiert wurde die Frage, wie und wann der BKU Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen habe. Der Vorschlag, über die CDU eine möglichst große Anzahl katholischer Unternehmer in das Bundesparlament zu dirigieren, stieß auf das Bedenken, daß der Ausgang der Wahlen doch zu ungewiß sei. Es seien bereits jetzt Wege zu finden, den Einfluß der Unternehmer auf die Gesetzgebung zu sichern. Die starke Beteiligung der Industrie- und Handelskammern gibt zweifellos einen Hinweis, welche Möglichkeiten sich dem BKU auch außerhalb der Länderparlamente bieten.

Dr.F.

Fünf Arbeitstage - ein Hemd

sp. Aus Prag erfahren wir: Ein einfaches Hemd kostet auf Punkte 300 Tschechen-Kronen, also den Arbeitslohn eines Durchschnittsarbeiters von fünf bis sechs Tagen. Ein Taschentuch kostet zwei Tagelöhne eines Arbeiters. Aber zwei Drittel der Bevölkerung bekommen überhaupt keine Kleiderkarten, z.B. alte Leute oder Kranke; Gewerbetreibende, Gemüsehändler, Raseure, Schuster etc. werden als "Kapitalisten" klassifiziert und müssen alles auf dem freien Markt kaufen. Bauern über 15 ha bekommen ebenfalls keine Kleiderkarte und jene unter 15 ha nur dann, wenn sie ihr Liefersoll über 100 Prozent erfüllt haben. Auf dem freien Markt kosten: ein Hemd 1400 Kc, Überzieher 6 000, Schuhe 4 000 bis 6 000 und ein Meter Anzugstoff 6 000 Tschechenkronen. Damit vergleiche man den durchschnittlichen Wochenlohn eines Arbeiters, der bestenfalls 600 Kronen beträgt.

(b/B. 117/2/134/hs)

Der Fall Heinz Kühne

sp. Die sowjetisch lizenzierte Nachrichtenagentur ADN hat am 9.4.49 einen sogenannten "Offenen Brief" an Mitglieder des Sozialdemokratischen Parteivorstandes veröffentlicht. Dieser Brief soll angeblich von Heinz Kühne stammen, der - was in ADN-Bericht ver-schwiegen wird - vor ca. acht Wochen im französischen Sektor Berlins durch Gewaltanwendung verschleppt worden ist. Aus dem Polizeibericht ging damals hervor, daß am Tatort große Blutlachen sowie zurückge-lassene Injektionskanülen vorgefunden wurden. Kühne wurde, in eine Decke gebüllt, in einen bereitstehenden Kraftwagen gezerrt und in die russische Zone entführt. In der Nähe des Tatortes wurden Be-kleidungsstücke des Entführten gefunden. Diese Einzelheiten sowie die Hilferufe von Kühne lassen auf einen erbitterten Kampf mit den kommunistischen Banditen schließen.

Die gewaltsame Verschleppung von Heinz Kühne stellt einen neuen aufschlußreichen Beweis für die in der Sowjetzone praktizierten Me-thoden der kommunistischen Geheimpolizei dar. Es wird niemals be-kannt werden, wieviel Giftspritzen und welche Methoden in den NKWD-Verhören angewandt wurden, um von Kühne diese Propaganda-Be-kenntnisse zu erpressen, wenn sie von ihm stammen. Die NKWD benötig-te acht Wochen, um diese phantastischen Geständnisse zu fabrizie-ren. Das sensationell aufgezogene neue propagandistische NKWD-Nach-work ist eine Fortsetzung der in regelmäßigen Abständen veröffent-lichten angeblichen "Enthüllungen" der sowjetischen Agitation mit dem Zweck, die SPD in ihrem Kampf gegen das im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands herrschende Terror-Regime zu discreditiere-n.

Die Sozialdemokratische Partei wird mit den freiheitlichen Kräfte-n den Kampf um Freiheit und Recht, Sicherheit und Demokratie in der Sowjetzone weiterführen. Genauso wie das nationalsozialistische Regime wird auch der kommunistische Terror einmal überwunden wer-den. Wir warnen die verantwortlichen Drahtzieher und die ausfüh-renden Organe dieses Terrors: Kein Mord und Unrecht wird der ge-richteten Bestrafung entgehen. Auch der Fall Kühne wird einmal seine Sühne finden.

(b/B. 1/134/1/hs)

Labours Programm für die Wahlen 1950. (sp.) Am gleichen Tage, da das englische Unterhaus den Staatshaushaltsplan von Schatzkanzler Sir Stafford Cripps für das Jahr 1949 mit allen gegen drei Stimmen (bei Stimmenthaltung der Tories) annahm, veröffentlichte das Exe-kutiv-Komitee der Labour Party das in monatelanger Arbeit fertige-gestellte Programm, mit dem sie 1950 den Wahlkampf aufnehmen will. Das Programm, das während des Parteitages in Blackpool noch der Bestätigung bedarf, stellt die zweite Phase in der Errichtung eines sozialistischen Englands dar, und ist offensichtlich von dem Wunsch getragen, zuerst einmal die Konsolidierung des Erreichten zu sichern, ehe weitere kühne Experimente in Angriff genommen werden. Die Verstaatlichung soll nur auf die Wasserversorgung, die Zement- und evtl. die Chemische Industrie ausgedehnt werden. Im übrigen soll die Rentabilität der Betriebe gesteigert und das Freisniveau gesenkt werden.

(b/B65/134/hs)

Verantwortlich: Peter Kaunau